

Peng sowie mit Deng Xiaoping. In seiner Anwesenheit wurden u.a. drei Kooperationsverträge unterzeichnet, nämlich ein Vertrag zwischen der KPCh und der Angolanischen Arbeiterpartei über verstärkten Austausch, ein Abkommen über die Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses für die bilaterale Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, technologischen und Außenhandelsbereich und ein Kulturabkommen (XNA, 22.10.88).

Li Peng informierte den Gast darüber, daß China lange Zeit eine Politik des Klassenkampfes durchgeführt und diesen Fehler erst beim 3.Plenum des XI.ZK im Dezember 1978 korrigiert habe. Zhao Ziyang erläuterte seinem Gast die "Theorie des Anfangsstadiums des Sozialismus", wie sie beim XIII.Parteitag der KPCh 1987 verkündigt worden war (XNA, 21.10.88). Der Gast, dessen Politik zu Hause ja im Zeichen des "Sozialismus" geführt wird, sollte also genau über die neueren ideologischen Errungenschaften der VRCh unterrichtet werden!

Deng Xiaoping ermutigte den Gast, mit Südafrika weiter im Gespräch zu bleiben. "Dialog ist besser als Konfrontation und Entspannung ist besser als Spannung." (XNA, 22.10.88)

Mit Angola hatte China, ebenso wie mit Mozambique, lange Zeit seine liebe Not; hatte es doch hier wie dort in den frühen siebziger Jahren die "falsche Partei" unterstützt. In beiden Ländern siegten schließlich Befreiungsbewegungen, die eher der Sowjetunion zugetan waren. Kaum hatte sich Angola 1975 aus der portugiesischen Kolonialherrschaft befreien und seine Unabhängigkeit ausrufen können, begann auch bereits der Bürgerkrieg, vorgetragen von der UNITA, der enorme volkswirtschaftliche Schäden verursachte. Bisher hat der Krieg rd. 60.000 Menschen das Leben gekostet und Schäden und Verluste im Werte von rd. 12 Mrd.US\$ angerichtet. Nach Schätzungen der UNO gibt es in den Städten Angolas rd. 700.000 Obdachlose und eine Million notleidende Menschen.

Im Gegenzug hat Angola vom Ostblock die Hilfe kubanischer Truppen erhalten, deren Stärke auf 35.000 bis 40.000 Mann geschätzt wird und die vom Ostblock finanziert werden.

Hauptstützpunkt der UNITA ist die Provinz Cuando-Cubango, die an Namibia (Südwestafrika) grenzt. Dorthin

hatten die angolanischen Truppen seit August 1987 heftige Angriffe geführt und dabei auch Siege errungen, woraufhin südafrikanische Truppen direkt zugunsten der UNITA eingriffen. Obwohl Südafrika seine Unterstützung für die UNITA stets geleugnet hat, war diese Unterstützung doch stets einwandfrei nachzuweisen und trat besonders im Zusammenhang mit dieser Militäraktion deutlich hervor.

Am 3. und 4.Mai 1988 kam es in London zu Geheimbesprechungen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA, die auf die Beendigung der Konflikte in Angola und für die Unabhängigkeit Namibias gerichtet waren - und damit auf der Linie der Resolution des UNO-Sicherheitsrats von 1978 lagen, der die Unabhängigkeit Namibias als Voraussetzung für Frieden und Entwicklung in Angola bezeichnete.

Bei den Verhandlungen bot Angola den Rückzug der kubanischen Truppen innerhalb von vier Jahren an, falls Namibia die Unabhängigkeit erhalte und falls ferner die südafrikanischen Truppen aus den südlichen Provinzen Angolas abgezogen würden und die USA sowie Südafrika ihre Unterstützung für die UNITA einstellten.

Bei all diesen Vorgängen steht China mehr oder weniger als passiver Zuschauer am Rande der Ereignisse. -we-

\*(6)

#### Besuch des rumänischen Staatschefs

Vom 14. bis 18.Oktober war Nicolai Ceausescu zum 6.Mal auf Staatsbesuch in China. Unter den acht osteuropäischen Staaten nimmt Rumänien eine Sonderstellung ein: Nie hat es Unterbrechungen der Parteikontakte gegeben, und stets war Ceausescu wegen seiner Selbständigkeitspolitik gegenüber Moskau von den Chinesen aufs höchste gepriesen worden.

Kein Wunder, daß auch diesmal der Besuch ganz auf die heiteren Töne eingestellt war, und daß die Chinesen keinerlei Kritik an der Politik des Gastes aufkommen ließen, die ihren eigenen Vorstellungen inzwischen doch so ganz zuwiderläuft. Freilich sparten die Gastgeber nicht an Selbstlob, indem sie ihren eigenen Weg zum Sozialismus in den schönsten Farben malten, gleichzeitig aber einräumten, daß es verschiedene Wege zum Sozialismus gebe.

In einem Kommuniqué wurde bekanntgegeben, daß beide Seiten sich über ihren sozialistischen Aufbau unterrichtet und ihre Ansichten für die weitere Verbesserung der bilateralen Beziehungen ausgetauscht hätten. Die "traditionelle Freundschaft und Kooperation zwischen beiden Ländern, beiden Staaten und beiden Völkern" bestehe weiter. Man wolle auch in Zukunft auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz an einer gemeinsamen Zukunft weiterbauen. Beide Seiten seien sich in allen Fragen der Weltpolitik einig (XNA, 18.10.88).

Am Rande des Besuchs wurde auch bekannt, daß der bilaterale Handel laufend zugenommen hat. 1987 belief er sich auf 827 Mio.US\$, wobei China Waren für 384 Mio. nach Rumänien exportierte, also eine leicht negative Bilanz zu verzeichnen hatte. Drei Jahrzehnte lang erfolgte der Außenhandel ausschließlich in Verrechnungsform. Hier trat erst durch die Fünfjahresabmachung 1986/91 eine Änderung ein. Von diesem Zeitpunkt an wurden auf der Liste auch Koproduktion, Kompensation u.dgl. geführt. Durch diese Flexibilisierung sei auch eine Ausweitung des Handels möglich geworden. Aufgrund beiderseitiger Übereinkommen führt China jährlich 1,5 Mio.t Rohöl nach Rumänien aus und erhält dafür Stahl, Düngemittel und chemische Produkte. Ferner gibt es Koproduktionsprogramme im Bereich von Zechen, Kraftwerken sowie beim Technologietransfer. 1980 war eine gemeinsame chinesisch-rumänische Kommission für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit gebildet worden, die 1988 ihre 9.Sitzung abhielt (XNA, 15.10.88).

Wichtigstes Ereignis während des Ceausescu-Besuchs war die Ankündigung Deng Xiaopings am 17.Oktober, daß i.J. 1989 ein chinesisch-sowjetisches Gipfeltreffen stattfinden könne (XNA, 17.10.88). -we-

---

## Innenpolitik

---

\*(7)

#### Zhao Ziyang-Rede

Die Grundsatzrede, die der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Zhao Ziyang, am 29.September "im Namen des Politbüros des ZK" der Partei während des 3.Plenums des XIII.Zentralkomitees hielt, wies drei Schwerpunkte auf. Zum einen ging es

um die "Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Konsolidierung der Wirtschaftsordnung als die Schlüsselaufgaben in den kommenden zwei Jahren". Zum anderen verdeutlichte Zhao, daß die "planmäßige Förderung der umfassenden Reform unter einer vereinheitlichten Leitung" absolut unerlässlich sei, wenn China die "Periode der Umgestaltung vom alten zum neuen System" erfolgreich durchlaufen wolle. Im dritten Themenbereich befaßte sich Zhao mit der "Stärkung der Parteiführung und konsequenten Durchsetzung des politischen Einflusses der Partei".

Im wirtschaftlichen Teil seiner Rede ging es vor allem um schwerwiegende Ungleichgewichtigkeiten, die sich nach wie vor auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes nachteilig auswirken. Von besonderer Bedeutung erscheint gegenwärtig das Inflationsproblem, das nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus gesellschaftspolitischen Gründen einer Lösung bedarf. Da andererseits die Preisreform als unerlässliche Voraussetzung für die Gestaltung des wirtschaftlichen Umfeldes und die "Ausrichtung der Wirtschaftsordnung" weiterhin als vordringlich erscheint, gab Zhao zu verstehen, daß inflationäre Erscheinungen zumindest mittelfristig fortexistieren werden. Es würde als Erfolg angesehen werden, wenn "die Wachstumsrate bei den Preisen ... in der darauffolgenden Zeit im Durchschnitt unter 10%" liege. Zweistellige Inflationsraten "würden die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität untergraben". Die gesellschaftspolitisch abträglichen Folgen der Inflation sollen durch einen Inflationsausgleich für die "überwiegende Mehrheit der Angestellten und Arbeiter" neutralisiert werden. "Das ist unsere unumstößliche Politik." Gleichzeitig sollen vor allem die bisher benachteiligten Einkommensgruppen - insbesondere Lehrer, Wissenschaftler und medizinisches Personal - während der nächsten Jahre vorrangig an Einkommenssteigerungen teilhaben.

Neben der verzerrten Preisstruktur und der Inflation wird die mangelnde Investitionsdisziplin als ein wesentliches Problem angesehen. Insbesondere im Bereich der Anlageinvestitionen sollen während der nächsten Jahre deutliche Kürzungen erfolgen. Es bleibt abzuwarten, ob die zentrale Wirtschaftsführung in der Lage ist, diese Kürzungen durchzusetzen. Die negativen Entwicklungen während der

letzten Jahre lassen Zweifel als berechtigt erscheinen. Ähnliches gilt für die vorgesehene Kontrolle der sog. "Konsumtionsfonds", d.h. die übermäßigen Ausgaben der meisten zentralen und örtlichen Einheiten. Auch auf diesem Gebiet sind die bisherigen Kontrollenerfolge als bescheiden zu bezeichnen. Die mangelnde Investitions- und Konsumtionsdisziplin hat laut Zhao Ziyang wesentlich zur Instabilität der Finanzlage des Landes beigetragen. Insbesondere muß die "Geldausgabe streng kontrolliert" werden. Es sollen verschiedene, im einzelnen nicht genannte Maßnahmen ergriffen werden, um "die Finanzsituation zu stabilisieren".

Als wesentliche Gründe für die bisherigen Fehlentwicklungen in der Wirtschaft, insbesondere im Investitionsbereich, nannte Zhao zum einen mangelnde Härte und Konsequenz auf der Führungsebene; zum anderen machte er auf den unteren Ebenen vor allem den Ressortegoismus der einzelnen Organisationen verantwortlich, der die Verwirklichung der vorgesehenen Kontrollmaßnahmen deutlich erschwerte. Im Laufe der nächsten beiden Jahre müssen auf diesem Gebiet wesentlich wirkungsvollere Maßnahmen ergriffen und durchgesetzt werden, um "unnötige nichtproduktive und überflüssige Bauprojekte auszumerzen".

Die Summe der wirtschaftlichen Reformmaßnahmen soll zu einer Dämpfung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums während der nächsten beiden Jahre führen, um "die Überhitzung der Wirtschaft" abklingen zu lassen. Insbesondere das industrielle Wachstum soll bei höchstens 10% liegen, da ein höheres Wachstum zu mittel- bis langfristigen Ungleichgewichten führen muß. Alle Einheiten "müssen realistisch sein, von den tatsächlichen Gegebenheiten ausgehen und nicht miteinander darum konkurrieren, ein immer höheres Wachstum zu erreichen". Es scheint bemerkenswert, daß Zhao Ziyang in diesem Zusammenhang Vorstellungen äußert, die bis nahezu in den Wortlaut hinein an die seit Jahren wiederholten Äußerungen Chen Yuns erinnern. Chen fordert, daß jede chinesische Wirtschaftspolitik vom Primat des Gleichgewichts bestimmt sein müsse, um das Problem des hohen Scheinwachstums in den Griff zu bekommen.

Ein für die Partei auf allen ihren Ebenen ernstes Problem ist die nach wie vor weit verbreitete Tendenz des "bü-

rokratischen Gewinnemachens". Laut Zhao ist es unerlässlich, die Position der Unternehmen zu verbessern und die seit Jahren geforderte "Trennung zwischen Regierungsverwaltung und Unternehmensführung sowie zwischen Beamten und Geschäftsleuten" voranzutreiben. "Mit Ausnahme einiger weniger Unternehmen, die vom Staatsrat ausersehen sind, gewisse Verwaltungsautorität auszuüben, müssen alle anderen Unternehmen angewiesen werden, ihre Verbindungen mit Partei- und Regierungsorganen innerhalb einer festgesetzten Frist zu lösen und dem Gesetz gemäß zu arbeiten. Falls sie dies nicht tun, sollen ihre Geschäftslizenzen eingezogen werden." Um der Zentrale mehr Durchsetzungsvermögen bei ihren Maßnahmen zuzugestehen, sollen in Zukunft "Provinzpartisekretäre und Gouverneure für anarchische und undisziplinierte Aktionen verantwortlich gemacht werden". Dies gilt um so mehr, als die "Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes und die Straffung der Wirtschaftsordnung die großen Probleme sind, die einer langfristigen Aufmerksamkeit bedürfen. Die kritischste Zeit werden die nächsten beiden Jahre sein ... Dieses Ziel zu erreichen, ist eine Herausforderung für die Führungsfähigkeit unserer Partei und der Regierung und für ihre Fähigkeit, die Lage unter Kontrolle zu bekommen. Die Bevölkerung sieht zu. Die Fähigkeit, das, was man predigt, zu verwirklichen und das Vertrauen der Menschen zu gewinnen, wird bei der Vertiefung der Reform bedeutend sein. Es geht nicht nur um ein ernsthaftes wirtschaftliches Problem, sondern um ein großes politisches." Alle Aufmerksamkeit soll sich in diesem Zusammenhang auf die Inflationsproblematik konzentrieren. Sie sei unter allen Problemen das entscheidende.

In den weiteren Themenschwerpunkten seiner Rede befaßte sich Zhao Ziyang mit der Verbesserung der Führungsfähigkeit der Partei, die aus seiner Sicht eine wesentliche Voraussetzung zur Bewältigung der wirtschaftlichen Problematik darstellt. Die Rolle der Partei als führende Kraft, Garant und Wächter Chinas soll nicht abgebaut, sondern verstärkt werden. Jede einzelne Parteiorganisation "soll eine starke militante Bastion werden und jedes Parteimitglied soll eine beispielhafte Vorreiterrolle in der Bevölkerung spielen". Zhao verweist darauf, daß die Partei in der Vergangenheit wesentlich ernsthaftere Probleme gelöst habe als die gegenwärtigen. Es ge-

he vor allem darum, daß die zentrale Führungsebene der Partei ihre Führungs- und Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den unteren Ebenen verbessere. "Die Macht, die den zentralen Autoritäten zusteht, muß konzentriert sein, sie kann nicht verstreut oder geschwächt sein. Alle Orte und Einheiten sind dazu verpflichtet, die Gesamtinteressen des Staates zu wahren und sich ihnen unterzuordnen. Wir dürfen die Beziehung zwischen den Teilinteressen und Gesamtinteressen nicht verwirren, geschweige denn umdrehen. Wir dürfen nicht nur unsere eigenen Interessen verfolgen und jeder seinen eigenen Weg gehen; noch weniger dürfen wir Dinge tun, die den Teilen auf Kosten der Gesamtinteressen Vorteile bringen oder das sog. 'du hast die Politik, ich habe Gegenmaßnahmen' praktizieren. Ungesunde Konkurrenz ist während der letzten Jahre in vielen Orten sichtbar geworden ... Die Parteiorganisationen aller Ebenen müssen als Teil der Partei die Autorität des Zentralkomitees der Partei wahren und dessen Anordnungen durchführen. Das ist eine wesentliche Angelegenheit im Hinblick auf politische Prinzipien. In seinen Anmerkungen zur Bereinigung des wirtschaftlichen Umfeldes hat der Genosse Deng Xiaoping kürzlich darauf verwiesen: Das Zentralkomitee der Partei und der Staatsrat müssen autoritativ handeln. Ohne diese Garantie geht es nicht. Wenn einmal Maßnahmen beschlossen sind, müssen sie auch klar ausgeführt werden. Wir müssen eher strikter als nachsichtiger sein, selbst wenn das bedeutet, daß wir ein bißchen übertreiben. Das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas ist der Meinung, daß von jetzt an alle führenden Organe der Partei und der Regierung diejenigen Parteimitglieder und Kader unterstützen und empfehlen müssen, die die Interessen des Ganzen beachten, die Anordnungen der zentralen Autoritäten in vorbildlicher Weise ausführen und die streng mit denen umgehen, die die Interessen des Ganzen mißachten, ihren eigenen Weg gehen, keinen Organisationsgeist haben, und die Disziplin verletzen. Wir müssen auf Tatsachen verweisen, um allen Genossen in der Partei - insbesondere diejenigen, die führende Positionen einnehmen - klarzumachen, daß die Partei mit Sicherheit ihre Disziplin durchsetzen wird und absolut niemanden tolerieren wird, der sich gegenüber ernststen Ermahnungen taub stellt. Das Politbüro meint, daß die meisten der führenden Genossen in unserer Partei die Situa-

tion und ihre Verantwortlichkeit klar verstehen können. Der praktischste Weg, den Parteigeist der führenden Kader zu testen und festzustellen, liegt darin zu sehen, ob sie die Interessen des Ganzen berücksichtigen und ob sie die politischen Entscheidungen der zentralen Autoritäten zur Bereinigung des wirtschaftlichen Umfeldes, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Ordnung und zur Vertiefung der Reform auf allen Gebieten fest durchführen."

Die Ermahnungen gelten offensichtlich sowohl für die mittleren als auch für die unteren Ebenen der Partei, da vor allem letztere dafür zuständig sind, "das Wie und Warum der laufenden Situation jedermann zu erklären und jedermann über seine Aufgaben und die Anforderungen unverzüglich und klar zu informieren". Wenn die Basisorganisationen der Partei "nicht einmal diese Anforderungen erfüllen können, sind sie nicht geeignet, Mitglieder der Kommunistischen Partei zu sein. Das ist der praktische Test für den Parteigeist der Mitglieder der Kommunistischen Partei".

Eine zweite Hauptaufgabe, die Zhao den Basismitgliedern der Partei zuweist, ist die Propagandaarbeit, gegenüber der Bevölkerung. Vor allem geht es darum, die weit verbreitete Unzufriedenheit auszuräumen. "Was die Massen gegenwärtig am meisten verärgert, sind die steigenden Warenpreise, die ungleiche soziale Verteilung und gewisse Korruptionsphänomene in Partei- und Regierungsorganen. Diese Probleme können nach und nach gelöst werden und im Verlaufe der ideologischen und politischen Arbeit erklärt werden, und wir sollten jedermann helfen, die Prinzipien und Politik der Partei im Verlaufe der Erziehungsarbeit zur gegenwärtigen Situation zu verstehen. Die Massen müssen sachgerecht und voll über die ungeheuren Erfolge, die wir in der Reform während des letzten Jahrzehnts erzielt haben, informiert werden, und die Massen müssen auch klar und voll über unsere Schwierigkeiten informiert werden. Wir müssen mit den Massen ebenfalls diskutieren, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Wir müssen ihnen voll die Aufgaben erklären, die sie nach unserem Willen erfüllen sollen und wir müssen Ihnen klarmachen, was wir vorschlagen oder ablehnen und warum. Diese Art von Situationserziehung ist die realistischste ideologische und politische Arbeit,

die von den Massen am meisten angenommen wird. Wenn die Massen die Wahrheit verstehen und in gemeinsamen Bemühungen arbeiten, wird es keine Schwierigkeiten geben, die wir nicht überwinden können. Wir sollten die gegenwärtige Situationserziehung als einen neuen Beginn ansehen, von dem aus wir unsere ideologische und politische Arbeit verstärken und verbessern ... Was die Massen gegenwärtig am meisten verbittert, das sind Korruption, Bestechung, Erpressung und Wiederverkauf von knappen Waren sowie Mißbrauch öffentlicher Fonds, Verschwendung und Extravaganz, die unter dem Personal gewisser Partei- und Regierungsorgane aufgetreten sind. Diese Phänomene haben nicht nur die Ethik der Parteimitglieder und Kader selbst beeinträchtigt, sondern sie haben auch das Bild der Partei und der Regierung beschmutzt. Wenn dieses Problem nicht gelöst wird, werden wir die Unterstützung der Öffentlichkeit verlieren."

Laut Zhao wird die Parteiführung alles unternehmen, um die gegenwärtige Beunruhigung in der Bevölkerung auszuräumen und die Disziplin der Partei- und Regierungskader zu stärken. "Um die gesellschaftliche Stabilität zu wahren, schließen wir auch harte Maßnahmen nicht aus. Wir werden alles tun, was wir können, um zu vermeiden, daß Unruhen auftreten, aber wir werden entschlossen mit unseren Reformen und Entwicklungsanstrengungen fortfahren, selbst wenn einige Unruhen auftreten. Das ist die Politik, die wir durchführen müssen."

Um die konsequente Verfolgung des Reformkurses für die konservativen Kräfte innerhalb der Partei akzeptabel zu machen, betonte Zhao Ziyang zugleich, daß die Politik der Partei nach wie vor auf den von Deng Xiaoping propagierten "Vier Grundprinzipien" beruhe. "Die Vier Grundprinzipien sind die Grundlage unseres Landes. Wir müssen diese Prinzipien hochhalten. Wir müssen fortfahren, unsere traditionellen politischen Stärken ins Spiel zu bringen. Unsere Bemühungen, das politische System zu reformieren, zielen darauf ab, die Überlegenheit des sozialistischen politischen Systems besser zu demonstrieren. Wir müssen darauf bestehen, die Parteifunktionen von der Verwaltungsarbeit der Regierung zu trennen, um es den Parteiorganisationen zu ermöglichen, sich selbst von Verwaltungsarbeit zu befreien und so die führende Schlüsselrolle stärker und besser zu spielen, ebenso wie ihre Rolle als Garanten und Wächter." (SWB, 1.11.1988) -ma-

**\*(8)  
Nichtkommunisten in Regierung?**

Im Anschluß an das 3.Plenum des XIII.ZK kam es zu weitverbreiteten Diskussionen der Grundsatzrede Zhao Ziyangs sowohl innerhalb der nicht-kommunistischen Parteien Chinas als auch in anderen Organen der Volksrepublik China, so insbesondere in der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang vor allem die Tatsache, daß "kritische Meinungen und Vorschläge der Persönlichkeiten außerhalb der KP" nach Ansicht Zhao Ziyangs "gewissenhaft erörtert" werden müssen. Wichtiger noch, Zhao stellte "eine größere Beteiligung von Nichtkommunisten in der Regierung" in Aussicht. Laut *Xinhua* würden Maßnahmen vorbereitet, "um einer größeren Zahl von Nichtkommunisten und Parteilosen die Mitarbeit in der Regierung zu erlauben". Gegenwärtig ist nur ein Regierungsmitglied (Feng Tiyun, 63) nicht Mitglied der KP. Feng hat den Rang eines stellvertretenden Ministers. (AFP, 12.10.1988, XNA, 12.10.1988) -ma-

**\*(9)  
Gewerkschaftskongreß**

Vom 22.-28.Oktober 1988 fand der 11.Nationale Kongreß des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes in Beijing statt. Insgesamt nahmen 1.500 Delegierte an diesem Kongreß teil. Sie repräsentierten offiziell mehr als 93 Mio. Mitglieder des Gewerkschaftsbundes. Die Gesamtzahl von 93 Mio. weist darauf hin, daß praktisch jeder chinesische Arbeiter und Angestellter im staatlichen Bereich Gewerkschaftsmitglied ist. Hauptredner während des Kongresses waren Zhao Ziyang und Ni Zifu als Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes. Zhao betonte in seiner Rede die Funktion der Gewerkschaften als Transmissionsriemen bzw. als "eine Brücke zwischen der KP Chinas, der Regierung und der Arbeiterklasse beim Aufbau der materiellen und geistigen Zivilisation". Eine wesentliche Aufgabe der Gewerkschaften sei es gegenwärtig, "die Werktätigen für die Reform zu mobilisieren". Um diese Aufgabe wirkungsvoll durchführen zu können, können die Gewerkschaften nicht länger als bloß verlängerter Arm der Partei fungieren. Vielmehr müssen sie eine Mittelposition zwischen der Partei und den Interessen ihrer Mitgliedschaft suchen. "Die Gewerk-

schaftsorganisationen sollen nicht schlechthin auf die Gesamtinteressen des Staates bedacht sein, sondern verstärkt die ureigensten Belange der Arbeiterklasse wahrnehmen und schützen." Eine solche Zwischenposition läßt sich nur aufrecht erhalten, wenn von seiten der Partei und Regierung eine entsprechende Zurückhaltung erfolgt. "Die Gewerkschaft ist gehalten, die Autorität der Regierung zu respektieren sowie die Arbeiter und Angestellten zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen zu erziehen. Der Regierung ihrerseits obliegt es, die Rechte der Gewerkschaften zu achten und deren Interessen zu schützen, ihnen einen größeren Spielraum zu gewähren." Gegenwärtig handelt es sich bei diesen Aussagen immer noch mehr um Absichtserklärungen als um Wirklichkeit. "An der Gewerkschaftsarbeit bleibt dennoch viel zu wünschen übrig. Vor allem sollen der Massencharakter und die Demokratisierung der Gewerkschaften verstärkt werden. Das Führungsorgan konzentriert sich auf Verwaltungstätigkeit und hat sich nicht stark genug für die Interessen der Arbeiter eingesetzt. Die Funktion der Gewerkschaften in unserem gesellschaftlichen Leben könnte sich noch besser entfalten." Die Tatsache, daß die Gewerkschaften bisher nicht im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen, wird indirekt auch daraus ersichtlich, daß z.B. die *Beijing Rundschau* in dem gleichen Bericht, in dem sie an einer Stelle die oben erwähnte Mitgliederzahl von 93 Mio. anführt, an anderer Stelle davon spricht, daß der "Allchinesische Gewerkschaftsbund heute 130 Mio. Mitglieder zählt, ihm unterstehen 530.000 Basisorganisationen." (Beijing Rundschau, Nr.45/1988, S.5-6) -ma-

**\*(10)  
Parteiausschlüsse**

Im Rahmen der Bemühungen der Parteiführung, die parteiinterne Disziplin zu verbessern, sind 1987 rd. 150.000 Parteimitglieder disziplinarisch bestraft worden. Diese Zahl entspricht rd. 3,3%o der gesamten Mitgliederzahl. 25.294 Parteimitglieder wurden aus der Partei ausgeschlossen. Darunter befanden sich 23.173 normale Parteimitglieder, 1.717 Basiskader, 367 Kader der Kreis- und Regimentsebene sowie 37 Kader der Präfektur- und Divisionsebene sowie darüber. Hauptauschlußgründe waren "Korruption, Veruntreuung, Bestechung, Schmuggel,

Betrug und Spekulation". Die Zahl der allein wegen Korruption ausgeschlossenen Mitglieder belief sich auf 4.819. Ferner wurden 2.839 Mitglieder wegen "moralischer Degeneration" und wegen "außerehelicher Beziehungen" ausgeschlossen. Die Gesamtzahl von 150.000 Parteiausschlüssen 1987 zeigt, daß sich die Parteiführung zunehmend gezwungen sieht, gegen das auffällige Fehlverhalten vieler Parteimitglieder vorzugehen, um das Bild der Partei in der Öffentlichkeit nicht weiter zu beeinträchtigen. Insgesamt wurden in den Jahren zuvor (1982-1986) nur rd. 27.000 Mitglieder ausgeschlossen.

In der Vergangenheit wurde eine stärkere Durchsetzung der Parteidisziplin vor allem dadurch verhindert, daß viele Führungskader befürchteten, in den Verdacht linksextremer Tendenzen geraten zu können. Indirekt geht diese Tatsache auch aus einem Artikel der *Volkszeitung* hervor, "Die Parteidisziplin strikt durchzusetzen, ist nicht linksextrem". Dort heißt es, "insbesondere einige führende Genossen der betroffenen Parteiorganisationen fürchten, daß sie erneut den Fehler des Linksextremismus begehen könnten, wenn sie disziplinarische Maßnahmen gegen unqualifizierte Parteimitglieder ergreifen. Es ist nicht linksextrem, die Parteidisziplin strikt durchzusetzen. Wenn wir die Notwendigkeit betonen, die Parteidisziplin strikt durchzusetzen, meinen wir die Säuberung entarteter und unqualifizierter Parteimitglieder. Indem wir dies tun, folgen wir der grundlegenden Parteilinie 'Ein Zentrum, zwei grundlegende Punkte' im Anfangsstadium des Sozialismus und lösen die innerparteilichen Widersprüche, indem wir eine korrekte Form und Methode nutzen." Es wird ferner betont, daß "die Ausrichtung der Parteiorganisation eine normale Arbeit ist, die die Partei auf regelmäßiger Basis tun sollte. Das ist absolut verschieden vom früheren innerparteilichen Kampf, der darauf abzielte, unter der Leitung der linksextremen Ideologie Leute zu entehren." (RMRB, 12.10.1988, RMBR, 18.10.1988) -ma-

**\*(11)  
Dengs Gesundheitszustand**

Im August/September 1988 waren - wie bereits wiederholt in politisch kritischen Phasen des Reformkurses - Gerüchte über einen deutlich verschlechterten Gesundheitszustand des faktisch führenden chinesischen Politikers

Deng Xiaoping aufgekommen. Deng selbst ist während der letzten Jahre ständig darum bemüht gewesen, das Schicksal des Reformkurses von seiner eigenen Person unabhängig zu machen und jüngere Politiker in seine Nachfolge zu bringen. Bisher sind diese "Nachfolger" noch nicht genügend profiliert, um als unumstritten gelten zu können. Dies gilt sowohl für den Parteichef Zhao Ziyang als auch für den Ministerpräsidenten Li Peng.

Bemerkenswert an den Spekulationen über Dengs Gesundheitszustand sind nicht die Gerüchte an sich, sondern die Tatsache, daß sich der chinesische Staatspräsident Yang Shangkun offensichtlich verpflichtet fühlte, während eines Besuches in Nordkorea "Gerüchte über einen angeblich schlechten Gesundheitszustand von Chinas führendem Politiker Deng Xiaoping" zu dementieren. Yang betonte, "daß Deng bei guter Gesundheit sei. Er sei während des Sommerurlaubs im Badeort Beidaihe 39mal geschwommen, jedesmal blieb er eineinhalb Stunden im Meer". Ferner wurde Deng persönlich zitiert: "Solange ich schwimmen kann, bin ich auch gesund." Zugleich betonte er, daß "er nur noch etwa zwei Stunden am Tag arbeite. Die tägliche politische Arbeit werde von jüngeren Kräften erledigt."

Um die Gerüchte weiter zu entkräften, unternahm Deng mehrere öffentliche "Inspektionsbesuche". Die Hongkonger Nachrichtenagentur Zhongguo Tongxun She vom 26. Oktober 1988 kommentierte diese Besuche wie folgt: "Für aufmerksame Beobachter ist die Demonstration der Gesundheit Deng Xiaopings wichtiger als alles andere. Jedermann weiß, daß der Gesundheitszustand des Chefgestalters der chinesischen Reform für China extrem wichtig ist, weil sich die Reform gegenwärtig in einem entscheidenden Stadium befindet." In volkschinesischen Berichten zu diesen Besuchen sind ebenfalls zahlreiche Bemerkungen zu Dengs Gesundheitszustand eingestreut, so u.a. "Er ging mit festem Schritt", "Er sprach mit lauter Stimme" und "Er stieg eine Treppe mit zehn Stufen in einem Atemzug hoch". Während eines Besuches, der fast eindreiviertel Stunden dauerte, habe sich Deng, so heißt es, niemals hingesetzt, und er habe in einem "langen und engen Tunnel von mehreren hundert Metern Länge mit Temperaturen bis zu 30° Celsius lange Gespräche geführt". Besonders bemerkenswert erscheint

die Feststellung, daß er "während einer Phase von rd. zwei Stunden kein einziges Mal geraucht habe". (SWB, 28.10.1988, FAZ, 8.11.1988, dpa, 9.9.1988) -ma-

\*(12)

#### Neues Beamtensystem?

Ende Oktober 1988 bestätigte Chinas Ministerpräsident Li Peng, daß im Rahmen der "Reform der politischen Struktur Chinas" an die Einführung eines völlig neuen Beamtensystems gedacht sei. "Das Konzept des neuen Beamtensystems Chinas ist ein wichtiger Bestandteil der laufenden Reform ... Die Einführung dieses Systems zielt darauf ab, eine höhere Leistungsfähigkeit zu erreichen, die Wirtschaftsreform des Lands zu vertiefen und die Öffnungspolitik Chinas gegenüber der Außenwelt weiter zu verbessern." Die Errichtung des Beamtensystems soll innerhalb von 10 Jahren abgeschlossen werden. "Bis 1992 soll das System auf der Zentral- und Provinzebene voll verwirklicht werden." Zur Zeit sind in der Staatsverwaltung (alle Ebenen) insgesamt 4,2 Mio. Personen beschäftigt, davon rd. eine halbe Million auf Zentral- und Provinzebene. Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für das neue System sind die "provisorischen Bestimmungen für Beamte" seit 1984 15mal revidiert worden. Der Entwurf "besteht aus 84 Artikeln in 16 Abschnitten. Er sieht spezifische Bestimmungen für die Rangordnung der Beamtenpositionen, die Beschäftigung, Belohnungen und Bestrafungen, Beförderungen und Degradierungen, Ausbildung, Gehalt und Wohlfahrtsmaßnahmen vor." Im Rahmen der Reform sollen auch die Einkommen der Beamten verbessert werden: "Es ist notwendig, die gegenwärtige Situation zu überwinden, in der Regierungskader ein geringeres Einkommen haben als solche auf gleicher Ebene in Unternehmen." (SWB, 3. u. 4.11.1988) -ma-

\*(13)

#### Minderheitenprobleme in Xinjiang

Im Herbst 1988 ist es in Xinjiang erneut zu größeren Beunruhigungen unter den Minderheiten der autonomen Region gekommen. Darauf deuten zahlreiche Artikel der Medien Xinjiangs hin. In diesen Artikeln wird wiederholt "die Notwendigkeit der Stabilität und Einheit" gefordert und auf die

Grundsätze der "Nationalitätenpolitik der Partei" verwiesen. Die "Stabilität und Einheit" sei im Interesse aller Nationalitäten Xinjiangs. Insbesondere sollen die örtlichen Parteikader "in der marxistischen Nationalitätentheorie und der Nationalitätenpolitik der Partei systematisch unterrichtet werden. Das ist ein wesentlicher Teil des Studiums der grundlegenden Linie der Partei im Anfangsstadium des Sozialismus, und es ist auch eine wesentliche Maßnahme zur Bewahrung der politischen Situation von Stabilität und Einheit."

Die Parteikader werden ferner aufgefordert, "jederzeit den Interessen der Partei und der Menschen aller Nationalitäten Vorrang zu geben. Sie dürfen nicht die Interessen einer bestimmten Nationalität über die der Partei und die der Menschen aller Nationalitäten stellen". Nur unter dieser Voraussetzung können die Parteikader "mit Problemen und Spannungen in den Beziehungen zwischen den Nationalitäten erfolgreich zurechtkommen". Es sei "sorgfältige Arbeit" notwendig, um klarzumachen, daß "die Han-Bevölkerung und die nationalen Minderheiten nicht ohne einander auskommen können und daß sich die verschiedenen Nationalitäten gegenseitig unterstützen" müssen. Vor allem müsse "ein klarer Standpunkt gegen den Separatismus" eingenommen werden. "Aktivitäten zur Spaltung des Mutterlandes müssen mit gesetzlichen Maßnahmen entschieden unterbunden werden."

Diese etwas verklausulierten Aussagen in den chinesischen Medien weisen auf einen seit Mitte des Jahres offen ausgebrochenen Spannungszustand hin. Mitte Juni 1988 war es zu größeren uighurischen Studentendemonstrationen in Xinjiang gekommen. Nach Ansicht der örtlichen Behörden seien die Unruhen auf "ausländische Kräfte" zurückzuführen. Nach Aussagen des Vorsitzenden des Xinjiang Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Ba Dai existieren sieben Organisationen mit Auslandsverbindungen: "Osttürkisches Komitee des nationalen Heils", "Osttürkische nationale Revolutionsfront", "Osttürkischer Hilfsfonds", "Hilfsfonds des Kasakisch-türkischen Volkes", "Neue Osttürkische Residentenvereinigung", "Islamische Weltföderation" und "Komitee der Föderation der Osttürkischen, Mongolischen, Mandschurischen und Tibetischen Völker". Diese Organisationen zielen mit ihrer Arbeit darauf hin, Xinjiang

von China zu lösen, und sie betreiben nach offiziellen Angaben eine intensive Propagandaarbeit und beeinflussen die islamische Bevölkerung durch das Versprechen "materieller Vorteile". Die Absichten dieser Organisationen seien während der Studentendemonstrationen Mitte Juni deutlich geworden. Ausgangspunkt der Demonstrationen waren Wand- und Türbeschriftungen in den Toiletten der Xinjiang Universität, die "die Uiguren beleidigten". Nach Ansicht der (Minderheiten-)Studenten seien die Universitätsbehörden nicht willens gewesen, den Fall aufzuklären. Daraufhin ist es zu Aufmärschen gekommen, die "gegen ethnische Diskriminierung protestierten". Die Studenten trugen Spruchbänder, auf denen es hieß: "Widerstand gegen Großnationalismus", "Unsere Nationalität wird niemals zu Sklaven werden", usw. Ferner sei es zu antichinesischen Ausschreitungen gekommen: "Treibt die Han hinaus", "Widerstand gegen die Besiedelung Xinjiangs durch die Han". Seit Beginn dieser Studentendemonstrationen ist es über Monate hinweg in den verschiedensten Orten Xinjiangs immer wieder zu Anti-Han-Demonstrationen und -Ausbrüchen gekommen. Selbst örtliche Minderheiten-Kader äußerten offen: "Die Behauptung, daß Xinjiang seit alter Zeit Teil Chinas ist, hat keine historische Grundlage", bzw. "Die Idee, daß die Han-Nationalität und die nationalen Minderheiten untrennbar seien, hat keine theoretische Basis." Stattdessen wurde das Selbstbestimmungsrecht gefordert.

Die Unruhen sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer seit Jahrzehnten andauernden Entwicklung zu sehen, in der der Anteil der Han-Chinesen in Xinjiang allmählich zur Mehrheit der Gesamtbevölkerung der autonomen Region anwachsen soll. Mögliches Vorbild ist die Innere Mongolei, in der heute bereits vier Fünftel der Bevölkerung han-chinesischen Ursprungs sind. Die Besorgnis der Zentralregierung in Beijing über die gespannte Lage in Xinjiang dürfte sich aufgrund der Unruhen in Tibet vom September/Oktober des Vorjahres keineswegs verringert haben. Ferner war es auch in der Vergangenheit wiederholt zu antichinesischen Unruhen in Xinjiang gekommen, so 1980, 1981 und 1986. Insbesondere 1986 war es zu größeren Studentenunruhen gekommen, die sich u.a. gegen die Nuklearversuche in Lop Nor richteten. (SWB, 9.9.1988, 20.9.1988, 28.10.1988, FEER, 25.8.1988) -ma-

\*(14)

#### Beziehungen ländliche Kader - Bauern

Die Bauernzeitung *Nongmin Ribao* befaßt sich in einem Artikel vom 12. September 1988 mit dem gespannten Verhältnis zwischen ländlichen Kadern und Bauern am Beispiel der Provinz Henan. Die Zeitung verweist darauf, daß die örtliche Informationsarbeit während der letzten Jahre nahezu völlig eingeschlafen sei. "Es gibt keine Treffen und kein Zeitungsvorlesen. Die Lautsprecher der Stationen rufen nichts mehr aus. Wir fühlen uns wie eine Gruppe mütterlicher Kinder." Besuche höherer Kader beschränkten sich nahezu ausschließlich auf Gespräche mit den örtlichen Kadern. "Wir wissen nicht, worum es geht. Sie essen und trinken und fahren wieder fort." Bei Schwierigkeiten gibt es keine Ansprechpartner, "und selbst wenn wir die richtige Verbindung fänden, ohne ein Geschenk ist es einem nicht einmal erlaubt, durch die Tür einzutreten." Ferner heißt es: "Wenn in diesen Tagen einige Leute Macht haben, dann haben sie Einfluß. Sie können Gerichtsprozesse gewinnen und Dinge in Gang setzen, die normale Leute nicht können, und sie führen ein großes und schönes Leben." Besonders wird beklagt, daß die örtlichen Kader "alle Macht in ihren Händen haben". Als Standardbeispiele werden u.a. die folgenden genannt: "Wenn ein Verwandter eines Kadern ein zweites Kind bekommt, wird er nicht bestraft. Aber wenn das bei einem meiner Verwandten passiert, wird er entweder bestraft oder sein Haus wird versiegelt. Nehmen wir die Getreidekontingente. Wenn ein Kader seine Quote nicht erfüllt, dann sehen die Zuständigen auf höherer Ebene darüber hinweg. Aber wenn das bei uns Normalsterblichen passiert, nehmen sie uns entweder unser Vertragsland weg oder verbieten, daß unsere Kinder zur Schule gehen, oder sie stellen uns kein Land zum Bau unseres Hauses zur Verfügung." Allgemein scheinen die Möglichkeiten, sich gegen Übergriffe örtlicher Kader zu wehren, sehr gering zu sein. Auf entsprechende Fragen der Zeitung hieß die Standardantwort: "Bei wem soll man sich beschweren? Wir kennen die Chefs des Kreises und der Stadt, die von uns gewählt worden sind, nicht und haben sie niemals gesehen. Wem sollten wir alle diese Schwierigkeiten erzählen? Selbst wenn wir kühn genug wären, eine Beschwerde einzureichen, ein falscher Zug und wir würden ihnen in die Hände spielen. Sagen Sie mir, welche Macht haben wir armen Leute? Welche Art von 'Herren' sind wir?"

Bemängelt wird ferner der "aufgeklärte Geist", mit dem die örtlichen Kader die politischen Maßnahmen des Zentralkomitees verwirklichen. "Diese politischen Maßnahmen sind völlig abgewandelt, wenn sie unsere Ohren erreichen. Vor zwei Jahren z.B. rief die Partei zur Aufforderung auf. Ein Belohnungs- und Bestrafungssystem wurde in unserem Dorf eingeführt. Es wurde uns sogar aufgetragen, Bäume in den Reisfeldern zu pflanzen, die unter den Verantwortlichkeitsverträgen standen. Im letzten Jahr rief die Partei zur Verstärkung der Getreideproduktion auf. Das Dorfparteikomitee meinte, daß die in den Reisfeldern gepflanzten Bäume die Getreidesaat behinderten. Innerhalb von zwei Tagen wurden alle Bäume gefällt. In einem Augenblick pflanzten wir Bäume, im nächsten fällten wir sie. Wie kann eine solche Politik überzeugend sein? Man kann die Leute nicht tadeln, wenn sie sarkastische Bemerkungen machen, daß "die Politik der Partei wie der Mond sei, sie sei am 1. und 15. Tag des Monats anders."

Die Zeitung beschreibt ferner anschaulich, was unter der von der Parteizentrale geforderten "ideologischen Arbeit für die Bauern" in der dörflichen Praxis zu verstehen ist. Als Beispiel dient die Aufklärung über die Notwendigkeit erhöhter Getreideankaufquoten. "Raten Sie mal, was unsere Dorfkader taten, um diese Anordnung auszuführen? Sie hefteten an der Tür des Dorfparteikomitees einen Anschlag an, auf dem es hieß: Wer das Getreideankaufkontingent nicht aufbringt, dessen Kinder dürfen nicht zur Schule gehen. Ihm wird keine Geburtengenehmigung gegeben, und sein Vertragsland wird eingezogen."

Das Verständnis der Bauern für die Reformpolitik scheint aufgrund der Art und Weise, wie letztere an der Basis verwirklicht wird, ebenfalls ausgesprochen unzureichend zu sein. "Um es offen herauszusagen, es gibt so viele Anweisungen und politische Maßnahmen, daß wir Bauern uns darunter nichts vorstellen können. Welche Anordnung kommt von den Zentralen Behörden, welche aus der Stadt und welche aus dem Dorf? Wir können uns nur auf unsere Vertragsfelder konzentrieren und schenken offiziellem Papier oder 'Geist' keine Aufmerksamkeit. Wenn uns die Stadt- und Dorfkader nichts sagen, fragen wir auch nicht. Das heißt nicht, daß wir im Denken rückständig sind. Es gibt keinen Maßstab und wir sind verwirrt."

Die wesentlichen Sorgen der Bauern gelten naturgemäß ihren eigenen Lebensumständen. "Die erste Sache, um die wir uns Sorgen machen, ist ein Wandel in der vertraglichen Bodenpolitik. Zweitens sind wir über die endlos steigenden Preise besorgt. Drittens sind wir besorgt, ob wir Kunstdünger ohne 'Hintertür-Beziehungen' kaufen können, und viertens sind wir besorgt, ob sich die Partei weiterhin um unsere Schwierigkeiten kümmert. Wir Bauern haben nichts zu fürchten, außer daß wir mit Geldstrafen belegt werden, daß unsere Kinder nicht zur Schule gehen dürfen oder daß wir uns beim geringsten Fehler bei der Öffentlichen Sicherheitsabteilung melden müssen." (SWB, 1.10.1988) -ma-

\*(15)

### Versorgungsprobleme

Nach Angaben eines Artikels der *China Daily* vom 27. Oktober 1988 besteht die Gefahr, daß aufgrund der schweren Dürren und Überflutungen während des Sommers d.J. rd. 80 Mio. Bauern im ganzen Land "von Nahrungsmittelknappheit während des kommenden Winters bedroht" sind, wobei "20 Mio. Menschen großen Schwierigkeiten entgegensehen, sich selbst zu versorgen." Es bleibt abzuwarten, ob der schmale Hilfsfonds der Zentralregierung von insgesamt 380 Mio. Yuan ausreichend ist, um diese Schwierigkeiten zu beheben. -ma-

---

## Kultur

---

\*(16)

### Ausstellung "Der Ursprung des Menschen" eröffnet

In Anwesenheit von Vertretern der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik und der Beijinger Forschungsakademie für Wissenschaft und Technik wurde am 8. Oktober 1988 im Naturkunde-Museum Beijing die Ausstellung "Der Ursprung des Menschen" eröffnet. Mehr als 800 Exponate, zwei Drittel davon Leihgaben naturgeschichtlicher Museen und Sammlungen aus dem Ausland, illustrieren die Geschichte der Evolution und die Entwicklung der Menschheit bis hin zum modernen Staatswesen (XNA, 10.8.88).

Die Ausstellung sollte bereits am 9. August 1988 eröffnet werden. Dies hatte die zuständige Behörde, die Beijinger Forschungsakademie für Wissenschaft und Technik, verhindert, da sich die Museumsleitung weigerte, drei von der Behörde geforderte Änderungen in der Ausstellung vorzunehmen (vgl. C.a., 1988/9, Ü 19). In den vergangenen zwei Monaten, so berichtete die *Guangming-Zeitung* am 9. Oktober, hätten sich beide Parteien mehrere Male zusammengesetzt, um ihre Meinungsverschiedenheiten zu erörtern, und schließlich einen allseits akzeptablen Kompromiß gefunden:

Die von der Behörde beanstandete Aufnahme eines sich umarmenden nackten Paares, eine Leihgabe des Pariser Nationalen Naturkunde-Museums, wurde gegen ein vom Britischen Museum zur Verfügung gestelltes Photo, das einen Geschlechtsakt modellhaft darstellt, ausgetauscht. In die Begleittexte zum Ausstellungsteil "Der Übergang vom Affen zum Menschen" wurde, wie die Behörde gefordert hatte, das Engels-Zitat "Die Arbeit hat den Menschen selbst geschaffen" aufgenommen sowie der Satz: "Die ersten Formen menschlicher Arbeit waren für den Übergang vom Affen zum Menschen von unübersehbarer Bedeutung." Der Terminus "Mittlere Steinzeit" hingegen wurde in den Ausstellungstexten unverändert belassen. Zunächst hatte die Behörde moniert, daß dieser Begriff in den chinesischen Lehrbüchern nicht verwendet werde, und eine diesbezügliche Anmerkung verlangt.

Gegenüber der *Guangming-Zeitung* erklärte der stellvertretende Museumsdirektor Zhou Guoxing, der für das Ausstellungskonzept verantwortlich ist: "Diese Ausstellung erfüllt meine Erwartungen. Die modellhafte Darstellung des Geschlechtsakts ist genau das, was wir ursprünglich verwenden wollten, damals aber nicht bekommen konnten" (GMRB, 9.10.88).

Die Kontrahenten, Aufsichtsbehörde einerseits und Museumsleitung andererseits, haben also eine elegante Lösung gefunden, die beide Parteien das Gesicht wahren läßt: Die staatliche Autorität hat durchgesetzt, daß die Bedeutung der Arbeit für die Entwicklung des Menschen in den Ausstellungstexten hervorgehoben wird (vor allem durch das von ihr als unverzichtbar betrachtete Engels-Zitat) und daß die - angeblich schamverletzende - Aufnahme eines nackten Paares gegen

eine modellhafte Darstellung des Zeugungsaktes ausgetauscht wurde. Aber auch die wissenschaftliche Autorität hat sich insofern behauptet, als überhaupt solch ein Akt gezeigt werden kann und der in der wissenschaftlichen Welt gebräuchliche Fachterminus "Mittlere Steinzeit", der dem offiziellen chinesischen Periodisierungskonzept widerspricht, kommentarlos beibehalten wurde. Letzten Endes ist es damit der Museumsleitung gelungen, ihren wissenschaftlich begründeten Standpunkt gegenüber der politisch argumentierenden Behörde weitgehend zu behaupten. Der Einbezug des Engels-Zitats mag da als vertretbare Konzession erschienen sein. -cre-

\*(17)

### Zahl der verliehenen akademischen Grade enorm gestiegen

Einem Bericht der *Guangming-Zeitung* zufolge haben chinesische Universitäten und Forschungsinstitute seit Wiedereinführung akademischer Grade im Jahre 1981 74.162 Magister- und 1.286 Dokortitel verliehen. (Wie sprunghaft die Entwicklung in den letzten Jahren verlaufen ist, zeigt ein Vergleich dieser Zahlen mit denen von Ende 1986: Damals waren seit 1981 53.331 Magister- und 664 Dokortitel vergeben worden; vgl. C.a, 1987/11, Ü 20). 40% der 1.286 Dokortitel wurden in den Ingenieurwissenschaften, 36,5% in den naturwissenschaftlichen Fächern und nur 1,9% in den Agrarwissenschaften verliehen (GMRB, 18.10.88). -cre-

\*(18)

### Auslandsstudenten sollen Anreize für die Rückkehr geboten werden

Li Tieying, Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, erklärte während eines Treffens mit Dr. Clarence Allen, dem Vorsitzenden des amerikanischen Komitees für den akademischen Austausch mit China, daß die Politik, Studenten ins Ausland zu schicken, nicht geändert werde. Es habe geheißen, daß China die Zahl der Auslandsstudenten senken wolle; dies sei ein Mißverständnis. Man wolle vielmehr die Ausbildung begabter Studenten beschleunigen und die wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit allen Ländern der Welt verstärken.

In den letzten zehn Jahren seien über 60.000 Studenten zum Studium ins Ausland geschickt worden; mehr als